

Änderungsantrag zum offenen Brief zu den bundespolitischen Entwicklungen

Antragsteller*innen:

Linus Warecka, Vanessa Wilkens und Gwydion Weber für die Fachschaft Geographie,
Marleen Sievers, Marisa von Lilienfeld und Clara Sigmund für die Hochschulgruppe Feministische Geographien,
Daniel Mäckelmann (UDP) und Yorik Hansen

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, die Stellungnahme des Antrages 82-03aS-01 folgendermaßen neu zu fassen:

Liebe [verschiedene Menschengruppen],

aufgrund der aktuellen politischen Situation sehen wir uns durch unser Gewissen und das Hochschulgesetz dazu verpflichtet, uns mit folgendem Aufruf an euch zu wenden:

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Bei dieser Wahl werden voraussichtlich wieder viele Rechtsextremist*innen über Listen der AfD einen Sitz im Parlament erhalten. Es ist längst bekannt, dass die AfD in der deutschen Politik für Wissenschaftsfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und soziale Ungerechtigkeit kämpft. Alle diese Dinge stehen unserem universitären Selbstverständnis direkt und unvereinbar entgegen.

Doch während sich der sogenannte "Rechtsruck" bisher in der schleichenden Übernahme vor allem ausländerfeindlicher und neuerdings auch queerfeindlicher AfD-Positionen durch die Parteien und Medien der Mitte äußerte, haben CDU, FDP und BSW am 29. Januar nun auch im Bundestag den Schulterschluss mit der AfD vollzogen. Entgegen eines noch im November von Friedrich Merz gegebenen Versprechens, so ein Abstimmungsverhalten nicht zu dulden, hat die CDU-Fraktion bei ihrem Antrag auf die Schließung der deutschen Grenzen und das bedingungslose Abweisen Schutzsuchender auf die Stimmen der AfD gesetzt und die selbsternannte "Brandmauer gegen die AfD" eingerissen.

Warum ist das für uns und euch relevant?

Endgültig auf den Campus gebracht wurde das Thema durch die Aufstellung eines hochrangigen CAU-Angestellten als Direktkandidaten der AfD in unserem Wahlkreis und den sich dagegen äußernden Widerstand. Kraus muss raus! Doch auch der Rest geht uns alle an: Viele unserer Mitstudierenden und Dozierenden sind Internationale oder geraten durch ihren Migrationshintergrund in das Fadenkreuz der AfD und ihrer Remigrationsfantasien. Auch ganze Wissenschaftszweige, wie die Geschlechterforschung, sind Feindbild der AfD und werden im Rahmen des antifeministischen und homophoben Weltbilds der Partei von ihr bekämpft. Aber selbst wenn Wissenschaften von der AfD geduldet werden, so werden spätestens ihre

Erkenntnisse, wie z.B. die der Klimaforschung, geleugnet und die Forschenden und Studierenden auf diesem Wege verhöhnt.

Deswegen rufen wir euch auf vor, am und auch nach dem 23. Februar für Grund- und Menschenrechte und gegen die faschistische Politik der AfD zu kämpfen! In der Wahlkabine, in der Uni und auf der Straße! Verteidigt unsere Universitäten als Raum der Völkerverständigung, der Gesellschaftskritik und der freien Lehre und Wissenschaft!

Die genaue Formulierung der Grußzeile bleibt offen und kann von den verschiedenen den Aufruf verbreitenden Stellen jeweils angepasst werden.

Antragsbegründung:

Die uns bisher bekannte Formulierung des Briefes ist zu lang, der Brief sollte kurz und knackig sein. Außerdem halten wir es für wichtig, auch die Parteien, die am 29.01. mit der AfD zusammengearbeitet haben, namentlich zu nennen.